

Britischer Gewerkschaftsbund gegen konservative Regierung

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **62 (1970)**

Heft 11

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-354474>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Britischer Gewerkschaftsbund gegen konservative Regierung

Dem ersten Kongress des Britischen Gewerkschaftsbundes nach dem Wahlsieg der *Konservativen* wurde mit besonderem Interesse entgegengesehen, da die Haltung der britischen Gewerkschaften zu der neuen konservativen Regierung eine Tatsache von grosser politischer Bedeutung ist. Bei aller Verbundenheit der meisten britischen Gewerkschaften mit der Labour Party und den offenen Sympathien, die der Gewerkschaftsbund der Arbeiterpartei entgegenbringt, hatte es zwischen der Regierung *Wilson*, die von 1964 an im Amte war, und den Gewerkschaften doch sehr ernste Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen gegeben. Trotzdem war man sich im gewerkschaftlichen Lager immer dessen bewusst, dass eine Labourregierung, was immer man an ihrer Politik auszusetzen haben sollte, eine im Grunde den gewerkschaftlichen Interessen entsprechende Linie verfolgen würde. Die konservativen Regierungen der Vorkriegszeit hatten sich durch eine sozialreaktionäre Linie notorisch gemacht, die seit je einen offenen und niemals auch nur notdürftig überbrückten Konflikt mit den Gewerkschaften mit sich brachte. Als 1951 die Konservativen wieder zum Zuge kamen, waren sie weit vorsichtiger als in der Vorkriegszeit und hüteten sich, die Gewerkschaften offen zu reizen. Wie die 1970 ins Amt gekommene Regierung *Heath* in dieser Sache vorgehen wird, ist vorläufig nicht sicher; es gibt Anzeichen für gewisse reaktionäre Tendenzen dieser Regierung, aber sie hatte zur Zeit des Gewerkschaftskongresses Anfang September ihre Pläne noch nicht enthüllt, und in diesem Zustand der Ungewissheit hat auch der Gewerkschaftsbund versucht, Konflikten so lange wie möglich auszuweichen. Darum war der Kongress von Brighton mehr ein Kongress des Abwartens als ein Kongress des Beziehens fester Positionen; aber er hat nach zwei Richtungen ernste Warnungen an die Regierung *Heath* ergehen lassen. Da man in diesen Dingen einig war und eine einheitliche Linie bezog, waren die Zeitungen enttäuscht, weil sie über keine sensationellen Gegensätze im TUC-Lager berichten konnten; aber gerade die einheitliche Stellungnahme des Gewerkschaftskongresses liess die konservative Regierung wissen, dass sie es im Ernstfall mit dem bittersten Widerstand der gesamten Gewerkschaftsbewegung zu tun haben würde.

Die Frage der Streiks

1969 hatte die Regierung *Wilson* versucht, auf gesetzlichem Wege gewisse Massnahmen zu treffen, die das Ausbrechen von wilden Streiks unterbinden sollten. Sie suchte dabei das Einvernehmen mit dem Gewerkschaftsbund, erlangte es aber nicht. Die Vorlage der

Regierung Wilson enthielt eine Reihe von Vorkehrungen gewerkschaftsfreundlicher Natur, die man im Gewerkschaftslager gern akzeptiert hätte. Aber der eigentliche Streitpunkt, nämlich die Strafbestimmungen für streikende Arbeiter, konnte nicht aus der Welt geschafft werden, und so verzichtete die Regierung Wilson infolge des gewerkschaftlichen Widerstandes auf das von ihr geplante Gesetzeswerk. Dafür machte der Gewerkschaftsbund, der ja auch daran interessiert ist, dass wilde, von den Gewerkschaften nicht ordnungsgemäss ausgerufene Streiks unterbunden werden, die sehr wichtige Konzession, dass er sich im Falle solcher Streiks einschalten und im Sinne einer Beilegung tätig sein würde.

Von der konservativen Regierung erwartet man nach zahlreichen Ankündigungen nun, dass sie ein solches das Streikrecht einengendes Gesetz vorbereitet, ohne – wie es Wilson getan hat – die Zustimmung der Gewerkschaften dazu einzuholen. Abgesehen davon wird es sich wohl um ein lediglich gegen die Gewerkschaften gerichtetes Gesetz handeln, ohne auf anderem Gebiet Konzessionen an ihre Wünsche zu machen. Die Regierung Heath hat zwar wiederholt von der festen Absicht gesprochen, ein solches Gesetz im Unterhaus einzubringen, aber sein Inhalt war Anfang September nicht klar und konnte sicher noch durch die gewerkschaftliche Stellungnahme beeinflusst werden.

In einem grundsätzlichen Referat hat sich Victor Feather, der Generalsekretär des Britischen Gewerkschaftsbundes, auf dem Kongress in Brighton mit der Streikfrage beschäftigt und darauf hingewiesen, dass ihre Bedeutung masslos überschätzt wird. Die Gewerkschaften sind ziemlich unglücklich darüber, dass sich in letzter Zeit die wilden Streiks wieder vermehrt haben, doch konnte Feather zahlenmässig nachweisen, dass im Vorjahr in 99,9 Prozent der Fälle in Grossbritannien durchaus normal gearbeitet worden war, und dass es im laufenden Jahr trotz des Umsichgreifens von wilden Streiks immer noch 99,8 Prozent sind. Er wollte damit keineswegs das Problem hinwegdiskutieren, das sehr ernst ist, sondern den Uebertreibungen der arbeiterfeindlichen Propaganda entgegentreten, die England als ein Land ungezügelter sozialer Kämpfe schildert. Jedenfalls hat die auf Feathers Referat folgende Debatte vollkommene Einheit in Bezug auf die Ablehnung jedes Anti-Streik-Gesetzes gebracht, das von der konservativen Regierung vorbereitet werden würde. Im gleichen Sinne hat auch der Parteitag der *Labour Party* nach Erklärungen führender Gewerkschaftsfunktionäre Ende September einstimmig reagiert.

Die Frage der Lohnpolitik

Der zweite Punkt, in dem der Gewerkschaftskongress einig war, so verschieden auch die Taktik der einzelnen Verbände ist, war der

einer Lohn- und Preispolitik. In den vergangenen Jahren hat sich der Gewerkschaftsbund gegen die von der Regierung Wilson in bezug auf die Einkommenspolitik eingeschlagene Linie ausgesprochen, obwohl hier immer das soziale Prinzip betont und Löhne, Dividenden und Preise den gleichen Beschränkungen unterworfen worden waren. Was die konservative Regierung auf diesem Gebiet machen will, war zur Zeit, da die Gewerkschaften tagten, noch unklar. Aber soviel schien sicher, dass sie der vollen Vertragsfreiheit bei Lohnveränderungen irgendwie Zügel anlegen will und ihr Ideal in einer einseitigen Zurückhaltung bei Lohnforderungen sieht, denen keinerlei Beschränkung im Falle von Preiserhöhungen entgegenstehen würde. Auch hier hat der Kongress an die Adresse der konservativen Regierung die Warnung ausgesprochen, dass sie es mit der gesamten gewerkschaftlichen Bewegung zu tun bekommen würde, wenn sie versuchen sollte, die gewerkschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten im Falle von Lohnverhandlungen zu unterbinden.

Nach der Zurückhaltung, die sich viele Gewerkschaften während der Zeit der Regierung Wilson auferlegt hatten, ist es jetzt zu Forderungen nach starken Lohnerhöhungen gekommen, die einfach damit zu erklären sind, dass es sich um einen zurückgestauten Bedarf handelt. So verlangen die Bergleute eine Lohnerhöhung von 33 Prozent – eine Forderung, die der mit einem schweren Defizit kämpfende nationalisierte Bergbau sich ausserstande erklärt, in vollem Masse zu erfüllen, so dass im Augenblick, da dieser Bericht geschrieben wird, ein offizieller *Bergarbeiterstreik* nicht ausgeschlossen erscheint. Auch andere Verbände haben massive Lohnforderungen angemeldet, und es ist daher nicht verwunderlich, dass von der Gegenseite das Schlagwort von ihrer inflationistischen Auswirkung und von einer «Lohnexplosion» laut wird. Der Gewerkschaftsbund als solcher ist sich seiner Verpflichtungen dem Land gegenüber durchaus bewusst und eine rücksichtslose, auf die realen Verhältnisse nicht Bedacht nehmende Lohnpolitik liegt nicht in seiner Linie. Aber er hat die grundsätzliche Forderung nach einer *expansiven Wirtschaftspolitik* niedergelegt, die höhere Löhne ohne Inflationwirkung vertragen würde, und hat vor allem das Prinzip verfochten, dass *dort, wo die Preise frei sind, auch die Löhne frei sein müssen*. Es wird nun an der konservativen Regierung liegen, ob sie einen Zusammenstoß mit 9 Millionen gewerkschaftlich organisierten Menschen vermeidet.

Die Anzeichen dafür sind leider nicht gut. Nach Abschluss des Gewerkschaftskongresses hat der konservative Arbeitsminister Robert Carr den Kongress öffentlich abgekanzelt, etwas, was seine konservativen Amtsvorgänger niemals gewagt hätten, die doch wenigstens versucht hatten, den Anschein zu erwecken, als wären sie objektive Mittler zwischen den Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Carr hat zum erstenmal diese Haltung aufgegeben.

Aerger noch ist, dass der Premierminister Edward *Heath* in einem Fernsehinterview die Bemerkung fallen liess, die konservative Regierung würde auch einen Generalstreik in Kauf nehmen, um ihre Anti-Streik-Gesetzgebung durchzusetzen. Das wurde in Gewerkschaftskreisen natürlich mit grosser Empörung aufgenommen; aber man muss deswegen nicht unbedingt annehmen, dass die konservative Kraftmeierei auch in die Tat umgesetzt werden wird. Was den Gewerkschaftsbund anbetrifft, wird er bei aller seiner Kritik an Einzelheiten doch auch weiter trachten, einen offenen Zusammenstoss mit der Regierung zu vermeiden.

Der britische Beitritt zum Gemeinsamen Markt

Während in allen anderen Fragen gemässigt auftretende und weniger gemässigte Gewerkschaften einheitlich Stellung nahmen und sich eine einheitliche Front gegen antisoziale Absichten der Regierung *Heath* ergab, war der einzige Punkt, in dem schwere Gegensätze innerhalb des gewerkschaftlichen Lagers sichtbar wurden, die oft erörterte Frage des britischen Beitritts zum Gemeinsamen Markt. Hier geht ein *tiefer Riss durch die ganze britische Nation*, und die Gewerkschaften spiegeln diesen Riss getreulich wieder. Eine kleine Minderheit in der Nation unterstützt leidenschaftlich alle Bemühungen um einen Zusammenschluss Europas, in dem Grossbritannien einen vollen Anteil hätte. Eine andere Minderheit ist aus den unterschiedlichsten Motiven leidenschaftlich gegen jede Bindung an den europäischen Kontinent. Dazwischen liegt die grosse Masse der Unentschiedenen, die für die eine oder die andere Lösung gewonnen werden können. Die unbestreitbare Tatsache, dass ein Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als erste Auswirkung für Grossbritannien eine Erhöhung der Lebensmittelpreise im Gefolge hätte, ehe sich die segensreichen Folgen eines Anschlusses an einen Markt von 250 Millionen Menschen bemerkbar machen würden, hat in der letzten Zeit die Opposition gegen einen britischen Eintritt verstärkt. Darum waren auch auf dem Kongress in Brighton viel schärfere Reden gegen einen britischen Anschluss zu hören als in früheren Jahren. Den Reden der Gegner eines britischen Beitritts, die einen fürchterlichen Niedergang der britischen Wirtschaft für diesen Fall voraussagten, traten andere entgegen, die darauf hinwiesen, dass die Durchschnittsverdienste in den Ländern des Gemeinsamen Marktes 1958 14 Prozent unter dem britischen Durchschnitt und 1968 25 Prozent darüber lagen. Die Gefahr eines Nichteintrittes bestehe darin, dass Grossbritannien der «Bettler Europas» (the poor man of Europe) sein würde, und der Labour-Abgeordnete Tom *Bradley*, Präsident des Verbandes der Eisenbahnbeamten, protestierte dagegen, dass Gewerkschafter ihren Internationalismus an der britischen Küste

enden lassen. Der Generalrat des Gewerkschaftsbundes hatte den Anträgen auf Ablehnung eines britischen Beitritts keinen Antrag auf Zustimmung entgegengestellt, sondern vorgeschlagen, das Ergebnis der Verhandlungen in Brüssel über den britischen Beitritt abzuwarten und dann erst – gegebenenfalls durch einen Sonderkongress des TUC – Stellung zu beziehen. Dieser Vermittlungsantrag wurde schliesslich mit 6 Millionen Stimmen gegen 1 300 000 angenommen.

Der britische Gewerkschaftsbund stärker denn je

Dem Kongress von Brighton konnte berichtet werden, dass die Gesamtzahl der im TUC organisierten Mitglieder die bisher noch nie erreichte Rekordzahl von 9 400 000 erklommen hat. Der starke Zuwachs des letzten Jahres ist hauptsächlich auf den Beitritt des *Lehrerverbandes* zurückzuführen, dem zuliebe sofort eine Statutenänderung vorgenommen wurde: die Zahl der Generalratssitze wurde um einen vermehrt, um dem Lehrerverband die Möglichkeit einer Vertretung im obersten Organ des Bundes zu sichern. Der Zuwachs der Lehrer hat nicht nur zur Folge, dass die Vertretung der nicht-manuellen Arbeiter und jener, die politisch nicht auf Labour ausgerichtet sind, verhältnismässig angewachsen ist, sondern dass auch ein *grösserer Zustrom von Frauen* in die Gewerkschaftsbewegung verzeichnet werden kann; zwar ist das Verhältnis 7:2 (Männer zu Frauen) noch immer recht ungünstig, doch ist jetzt eine wesentliche Besserung aufzuweisen. Hingegen haben Bemühungen für eine zeitgemässere und moderne Struktur der britischen Gewerkschaftsbewegung auf dem Kongress in Brighton zu keinen konkreten Ergebnissen geführt, obwohl der Generalsekretär des Pöstlerverbandes Tom Jackson die gegenwärtige Struktur als nicht länger den Verhältnissen angemessen bezeichnet und den Ruf nach Schaffung von *Industrieverbänden* erhoben hatte. Man wird auf diesem Feld die geduligen Bemühungen um weitere Fusionen von Gewerkschaften und Bildung von Koordinierungsausschüssen fortsetzen.

J. W. Brügel, London